

Bericht zum 70. Europäischen Forum Alpbach (19. Aug. bis 04. Sept. 2015)

von Anna Stelzer und Mag. Sabine Gerstmayr

Das Generalthema des 70. Europäischen Forum Alpbach war „UnGleichheit“ und wurde im Rahmen der Seminarwoche sowie bei den anschließenden Gesundheitsgesprächen, Hochschulgesprächen, Rechtsgesprächen, Technologiegesprächen, Politische Gesprächen, Wirtschaftsgesprächen, Baukulturgesprächen und natürlich bei den Finanzmarktgesprächen diskutiert. Wir möchten einen kurzen Überblick geben!

Während sich das Forum dem Generalthema „UnGleichheit“ wie immer auf vielfältige Weise und aus verschiedenen disziplinären Perspektiven annäherte, waren der Konflikt in der Ukraine und die wirtschaftliche Situation der EU und Griechenlands, die Themen, die sich immer wieder durch die Diskussionen in Alpbach zogen, die aber schnell durch die derzeitige Flüchtlingssituation, die als eine Krise der Solidarität ausgemacht wurde, überschattet wurde.

Im Rahmen der Finanzmarktgespräche besuchten wir unter anderem eine Debatte mit dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe „Mr. Euro“ Jeroen Dijsselbloem und dem österreichischen Finanzminister Hans Jörg Schelling. Dijsselbloem fordert eine Annäherung der Länder innerhalb der Eurozone im wirtschaftlichen und politischen Sinn zur Stärkung der Eurozone. Handlungsbedarf sieht Dijsselbloem u.a. bei der Steuerbelastung auf Arbeit, welche in den meisten Ländern der Eurozone über den OECD-Durchschnitt liegt, bei Reformen am Arbeitsmarkt und der Implementierung von Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas. Angesprochen auf das Thema Fiskalunion und Eurozone-Budget betont Mr. Euro, dass es zuerst eine Annäherung der Länder innerhalb der Eurozone bedarf und weiters die Ziele und Auswirkungen eines gemeinsamen Budgets zu hinterfragen sind. Es steht zur Diskussion, ob ein europäisches Gesundheitssystem, Bildungssystem, soziales Sicherheitssystem etc. gewollt ist.

Generell sieht der Vorsitzende der Euro-Gruppe die Entwicklung der Eurozone mit Ausnahme von Griechenland sehr positiv und betont, dass die Bankenunion für die Erholung äußerst wichtig ist. Die Bankenunion bewirkt als kollektives Versicherungssystem zweierlei: Ersten dient sie natürlich der Absicherung von Risiken und zweitens wurden mit der Bankenunion kollektive und vertrauensfördernde Standards implementiert.

Laut Finanzminister Schelling bedarf es struktureller Reformen in den Ländern aber auch in der Kommission. Es geht darum, die Entscheidungsprozesse, die Zusammenarbeit und die Verteilung von Verantwortung klar zu organisieren und auszuhandeln. Diskussionen über die demokratische Legitimität der Europäischen Kommission und der Gründung einer neuen europäischen Institution müssen laut Dijsselbloem auch vor dem Hintergrund geführt werden, ob die Bürger in den jeweiligen Ländern eine Entscheidung dieser „neuen Kommission“, wie beispielsweise die Pensionsreform in den Niederlanden, akzeptieren würden.

Generell wurde von beiden festgehalten, dass der Großteil Europas die Krise überwunden hätte, allerdings wurde eingeräumt, dass die griechische Situation noch schwierig ist.

Ein weiteres Symposium widmete sich der Frage, ob die europäische Bankenunion die an sie gestellten Erwartungen erfüllen kann. Helmut Ettl von der Österreichischen Finanzmarktaufsicht,

Valerie Herzberg von der Europäischen Kommission, Franz Rudorfer von der Österreichischen Wirtschaftskammer und Boris Gröndahl von Bloomberg News diskutierten. Dass Banken zwar international agieren, aber national sterben, wurde durch die Krise der letzten Jahre wieder besonders deutlich. Die Idee einer Europäischen Bankenunion kann als Antwort auf diesen Umstand verstanden werden und verfolgt das Ziel, den Interdependenzen zwischen Banken und Staaten Rechnung zu tragen, den Bankensektor wieder verstärkt in die Wirtschaft zu integrieren und die Erhaltung eines Binnenmarktes durch den freien Fluss von Kapital. Ein weiteres Ziel, das weitestgehend schon erreicht werden konnte, ist die Wiederherstellung von Vertrauen in den Bankensektor, was vor allem der Verdienst der Europäischen Zentralbank ist. Banken sind seit der Krise stabiler geworden, was einerseits Kosten mit sich brachte, aber andererseits bessere Ratings zum Ergebnis hatte. Diese Strukturreform für Banken seit der Krise wurde von den Panelisten und der Panelistin als „gesunde Inventur“ eines historisch gewachsenen Bankensektors verstanden und kann gleichzeitig als willkommener Anlass für weitere nötige Reformen genutzt werden. Gleichzeitig wurde aber das Verbesserungspotenzial der gemeinsamen Bankenaufsicht betont, allen voran eine größere Effizienz und besseres Kostenbewusstsein für sowohl Banken als auch die Bankenaufsicht, sowie die Beibehaltung nationaler Strukturen solange dies zielführend sind. Proportionalität wurde vor allem von den österreichischen Vertretern im Panel und im Publikum als der Schlüssel zu einer erfolgreichen gemeinsamen Bankenaufsicht genannt. Es wurde betont, dass die Europäische Kommission diesen Einwand von vor allem kleinen regionalen Banken, dass diese nicht wie große dominierende Banken behandelt werden können, sehr ernst nehmen würde. Allerdings räumte Herzberg auch ein, dass die Kommission umsichtig mit solchen Verbesserungsvorschlägen umgehen müsse, da es ein Spannungsfeld zwischen Erwartungssicherheit und Verbesserungspotenzial gibt. In diesem Zusammenhang wurde festgehalten, warum die Proportionalität besonders für österreichische Banken so wichtig sei: Zu hohe Aufsichtskosten sind für kleine Banken schnell nicht mehr zu tragen und können zu ihrem Scheitern führen. Gleichzeitig wurde festgehalten, dass auch kleine Banken durch ihre Verflechtungen auf zentralisierter Ebene zu riskanten Geschäften verleitet werden können. So lange Regionalbanken also nicht in spekulative Geschäfte verwickelt sind, besteht auch keine Notwendigkeit, sie im gleichen Ausmaß zu kontrollieren wie große Banken.

Ein weiteres Panel der Finanzmarktgespräche diskutierte die Rolle einer Kapitalmarktunion für mehr wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze. Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Panels waren erneut Valerie Herzberg von der Europäischen Kommission, Peter Kollmann von der Verbund AG, Mariana Kühnel von der Ersten Bank Gruppe, der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny und Florian Wandruszka vom Forum Alpbach Network. Einerseits ist eine Kapitalmarktunion im Angesicht der wirtschaftlichen Krise und ihrer Aufgabe, die Finanzierung der Realwirtschaft zu organisieren, eine Maßnahme für erneuten Wirtschaftsaufschwung, andererseits ist eine Kapitalmarktunion auch eine notwendige strukturelle Reform der Europäischen Union. Von Seiten der Realwirtschaft betonte Kollmann, dass es keinen direkten kausalen Effekt von einem Kapitalmarkt auf die Realwirtschaft und Beschäftigung gibt, aber dass sie sehr wohl einen positiven Effekt haben *kann* und dass die Einführung einer Kapitalmarktunion auf jeden Fall wünschenswert wäre. Kühnel knüpfte hier an und betonte, dass sich ein Kapitalmarktsystem nur langfristig positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken kann. Das Panel betonte, dass es bezüglich des Kapitalmarktes ein Ungleichgewicht in Europa gäbe. Während im Süden der EU ein angebotsseitiges Problem herrsche, da Kreditanträge meist abgelehnt werden, gäbe es im Norden eher Probleme mit der Nachfrage nach Krediten, da Unternehmen nicht an künftiges Wachstum glauben und deshalb keine Investitionen tätigen wollen. Die Europäische Kommission betonte ihren Willen, vor allem

dieses Problem der Nachfrage durch Reformen und neue Richtlinien in Angriff nehmen zu wollen. Damit soll der Markt in der EU wieder zum Laufen gebracht werden, der seit der Krise praktisch zusammengebrochen ist, während der Markt in den USA schon lange wieder floriert. Besonders hervorgehoben wurden auch die Möglichkeiten, die ein Kapitalmarkt für die Finanzierung von Klein- und Mittelbetrieben bietet, da der Zugang zu Finanzmitteln erleichtert wird und somit Finanzierungskosten gesenkt werden. Der Zugang der EU ist dabei, dass die Kapitaleinlagen dem Risiko entsprechen müssen und Finanzprodukte stabil und relative vertrauenswürdig sein müssen. Dies bedeutet, dass Kredite geprüft werden müssen und die Verbriefung muss als Methode bestimmten Standards entsprechen. Im Zusammenhang mit verbrieften Finanzprodukten wurde einerseits der qualitative Unterschied zwischen verbrieften und weiter verbrieften Produkten betont, da letztere deutlich mehr Risiko mit sich bringen. Andererseits bedarf es einer höheren finanziellen Allgemeinbildung, damit mehr Menschen sinnvoll und erfolgreich an einem Kapitalmarkt teilhaben können. Nationalbankgouverneur Nowotny hielt fest, dass die EU nicht versuchen sollte, den Markt der USA zu imitieren, da die EU andere strukturelle Rahmenbedingungen hat. Stattdessen soll ein eigener, „europäischer“ Markt aufgebaut werden, der sich diesen Besonderheiten anpassen kann.